



Nummer 01 | Januar 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

nach einer hoffentlich für Sie auch erholsamen Zeit über die Festtage und einem guten Start in das Jahr 2019, für das ich Ihnen von Herzen noch alles Gute wünsche, sind die meisten von uns schon wieder im normalen Alltag angekommen.

Meine erste Sitzungswoche ist bereits vorbei. Der Start war turbulent: Die Entscheidung Großbritanniens sorgen nicht nur in Berlin für Sorgenfalten. Auch die Nachricht,

dass wiederum Daten von Abgeordneten, Promis etc. gehackt wurden, zeigen, dass das Thema Sicherheit, der Umgang mit den eigenen Daten und die Abwehr von solchen Angriffen, wichtig sind und der staatlichen Begleitung bedürfen. Jedoch muss auch jeder Einzelne sich klar werden, wem und welche Informationen er an Dritte weitergibt und lernen auch hier kritisch und bewusst seine „Privatheit“ zu schützen. Das kann der Staat

nicht regeln. Was wir in dieser Woche diskutieren bzw. auf den Weg bringen konnten, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Viele Grüße

*Ihre
Astrid Grotelueschen*

Rechtssicherheit schaffen und Fahrverbote verhindern

Beim Thema Diesel steht für mich seit jeher fest, dass wir die betroffenen Autobesitzer nicht im Stich lassen dürfen. Aus diesem Grund habe ich bereits im letzten Jahr die Initiative bzw. den Antrag des Landesverbandes Oldenburg unterstützt. Und auch auf dem CDU-Parteitag im letzten Dezember wurde das Thema ausgiebig diskutiert: Mit der einhelligen Meinung, Fahrverbote in den Innenstädten zu vermeiden. In der ersten Sitzungswoche dieses Jahres kam es hierzu zur ersten Lesung von gleich zwei Gesetzesentwürfen, die das Thema betreffen: Das Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und das Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes. Mit der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hat die CDU/CSU-Fraktion das Ziel, die

individuelle Mobilität in unseren Städten zu erhalten und Fahrverbote künftig zu verhindern. Wir regeln, dass Verkehrsverbote in Gebieten unverhältnismäßig sind, in denen der Stickstoffdioxidwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel nicht über-



Bildquelle: pixabay

schritten wird. Damit stellen wir klar, dass der europarechtlich vorgegebene Luftqualitätsgrenzwert mit Hilfe bereits beschlossener Maßnahmen auch ohne Fahrverbote eingehalten werden kann. Euro 4- bis 6-Fahrzeuge sollen aus den

Gründen der Verhältnismäßigkeit von Fahrverboten ausgenommen und somit Rechtssicherheit geschaffen werden. Das Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes soll den Kommunen ein Instrument für die Überwachung von Beschränkungen und Verboten in belasteten Städten geben. Die zuständigen Landesbehörden sollen hierzu technischen Daten abrufen können, um Berechtigungen festzustellen. Ich werde hier mit meinen Kollegen ganz explizit darauf achten, dass nur verhältnismäßige Maßnahmen ergriffen werden. Und wir werden auch darauf achten, dass unser Koalitionspartner hier mit demselben ernsthaften Interesse zum Wohle der Dieselfahrer handelt. Ich will nicht, dass die Mobilität in unserem ländlichen Raum eingeschränkt wird. Dafür setze ich mich ein.

Ein weiterer Schritt für eine geordnete Einwanderungspolitik

Ein ewig diskutiertes Thema geht in eine neue Runde. Und dieses Mal scheint es auch voran zu gehen. Endlich!, muss ich dazu sagen, nachdem die Grünen im Bundesrat immer wieder blockiert haben. Ebenfalls in dieser Sitzungswoche verabschiedeten wir in der 2. und 3. Lesung einen abgeänderten Gesetzesentwurf zur Bestimmung der vier Staaten Georgien, Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten. Das Ziel ist, Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten deutlich schneller zu bearbeiten und zugleich ihren Auf-

enthalt in Deutschland schneller zu beenden. Zusätzlich sollen die Anreize für Anträge aus nicht asylrelevanten Gründen reduziert werden. Schon jetzt ist die Anerkennungsquote der genannten Staaten mit 4,1 Prozent bei Marokko, 2 Prozent bei Algerien, 2,7 Prozent bei Tunesien und nur 0,6 Prozent bei Georgien sehr gering. Ein äußerst wichtiger Schritt im Zuge einer politisch und gesellschaftlich gewollten, geregelten Einwanderungspolitik, um die Defizite in der Praxis mehr und mehr zu beheben. 2,4 Prozent der Zuwanderer kommen

aus den Maghreb-Staaten. Ihr Anteil an tatverdächtigen Zuwanderern liegt aber bei 13 Prozent. Wir wollen und müssen hier Impulse setzen. Ich freue mich daher, dass für unsere neue Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer die Thematik, deren Aufarbeitung und die Lehren, die wir als CDU daraus für die Zukunft ziehen müssen, an erster Stelle stehen. In der namentlichen Abstimmung haben sich dann doch Teile der SPD dagegen entschieden. Nun hoffe ich, dass die Grünen im Bundesrat endlich einlenken.

Ich bleibe dran.

Brexit-Exit-Chaos?

Was war das für eine Abstimmung im britischen Parlament! Am 15. Januar wurde das lang verhandelte, den geordneten Austritt regelnde Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich, mehr als deutlich mit 432 gegen 202 Stimmen abgelehnt. Mit diesem Ergebnis ist die Zukunft eines britischen Austritts weiterhin ungewiss. Aber ein zweites Referendum? So sehr ich mir wünschen würde, dass das Vereinigte Königreich in der EU bleibt, so sehr ist ein solches unrealistisch. Neben der Tatsache, dass zurzeit keine parlamentarische Mehrheit vorhanden ist, würden die Vorbereitung eines zweiten Referendums zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Hierfür müsste zuvor ein Gesetz verabschiedet werden. Das alles benötigt mindestens ein Dreivierteljahr. Zeit, die das Land nicht hat. So oder so wird sehr wahrscheinlich das Austrittsdatum am 29. März nach hinten verschoben, auch, weil alle Parteien einen harten Brexit vermeiden wollen. Aus gutem Grund. Auch Unternehmen in unserer Region würden massive Konsequenzen drohen. Mit knapp 85 Mrd. Euro ist das Vereinigte Königreich einer der wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU.



Bildquelle: pixabay

Ich hatte hierzu im Wahlkreis bereits viele Kontakte, u.a. auch in Begleitung mit EU-Abgeordneten David McAllister, bspw. im Amazonen-Werk in Hude. Dabei haben wir über mögliche Zölle, zusätzliche Bürokratie, Verzögerungen und Arbeitsplätze diskutiert. Viele Punkte, weswegen wir nun im Deutschen Bundestag das Brexit-Übergangsgesetz debattierten, um aus deutscher Sicht -vorsorglich- die Zeit bis zu welcher Entscheidung auch immer, konsequent zu begleiten und Rechtssicherheit zu schaffen. Bei all dem ist die Haltung der EU und der Bundesregierung klar: Es gibt keine Nachverhandlungen. Man ist den Briten so weit wie möglich entgegen gekommen. Für uns alle ist entscheidend: Kommt es zum Austritt, muss dies auch zu negativen Konsequenzen für die Briten, als dann Nicht-EU-Mitglied, führen.

Daten und Fakten

Der deutsche Arbeitsmarkt steht im europäischen Vergleich gut da:

Vier von fünf Menschen im Alter von 20 bis 64 Jahren gingen 2017 hierzulande einer bezahlten Tätigkeit nach. Das sind insgesamt 39,4 Millionen Personen. Mit 79 % verzeichnete Deutschland nach Schweden (82 %) die zweithöchste Erwerbstätigenquote in der Europäischen Union (EU). 2007 lag diese noch bei 73 %.

Männer im Alter von 20 bis 64 Jahren waren 2017 mit einer Quote von 83% weiterhin häufiger erwerbstätig als Frauen (75%). Im Vergleich zu 2007 ist der Abstand jedoch deutlich geschrumpft (von 12 % auf 8 %).

Auch der Anteil derer, die im Alter zwischen 65 und 69 Jahren noch arbeiten, hat sich zwischen den Jahren von 7 % auf 16 % mehr als verdoppelt (EU-Durchschnitt 13 %).

Trotz des hohen Beschäftigungsniveaus blieb ein erhebliches Arbeitskräftepotenzial in Deutschland ungenutzt. 5,1 Millionen Menschen zwischen 15 und 74 Jahren wünschten sich eine Arbeitsstelle oder mehr Arbeitsstunden. Quelle: destatis

Auf der Suche nach ausgezeichneten Orten

Immer digitaler, immer schneller, immer vielschichtiger—so ist unsere Arbeitswelt heute. Wer das als Unternehmen oder auch als Einzeler zu nutzen weiß, hat eine Vielzahl von Möglichkeiten. Schritt zu halten, ist allerdings nicht immer leicht, da braucht es gute Weiterbildung und Engagement. Ich weiß, dass viele Betriebe oder auch Vereine in meinem Wahlkreis bereits kluge Strategien entwickelt haben, um immer am Puls der Zeit zu bleiben. Genau diese Ideen können jetzt gewinnen: Der Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ des Vereins „Deutschland—Land der Ideen“ und der Deutschen Bank sucht kreative Strategien zum

digitalisieren.
revolutionieren.
motivieren.

Ideen für Arbeit und Bildung
in Deutschland und Europa



Motto

„digitalisieren.revolutionieren.motivieren“. Wie jedes Jahr ist das Thema bewusst offen gehalten, um ein großes Teilnehmerfeld zu ermöglichen. Neben Betriebe und Vereinen können z.B. auch Kultur- und Bildungseinrichtungen, Kommunen oder Privatpersonen teilnehmen. Neben Marketing für das eigene Projekt profitieren die Gewinner von

professioneller Beratung und dem Kontakt-Netzwerk der Initiative, in dem zum Beispiel Preisträger der vergangenen Jahre mit ihren Erfolgsrezepten vertreten sind. Noch bis zum 12. Februar ist eine Bewerbung unter www.ausgezeichnete-orte.de möglich. In den vergangenen Jahren konnten Projekte aus unserer Region zu verschiedenen Themenpunkten, etwa ein Testlabor für intelligente Stromnetze, ein Sensor für den Hausnotruf oder das Grünlandzentrum, das Interessensgruppen zentral vernetzt. Die Chancen sind vielfältig und ich hoffe, ich kann mich auch in diesem Jahr über Projekte aus meinem Wahlkreis freuen.

Jetzt Energiesparmeister werden

Sich kreativ austoben und dabei noch das Klima retten, ist für viele Schülerinnen und Schüler in meinem Wahlkreis längst Alltag. Mit tollen Ideen machen sie uns Erwachsenen vor, wie Klimaschutz geht und können damit jetzt wieder Preise abräumen.

Schon oft habe ich Schulen dazu aufgerufen, beim u.a. vom Umweltministerium ausgerichteten Wettbewerb „Energiesparmeister“ mitzumachen, der am 15. Januar in eine neue Runde gestartet ist. Ich bin mir sicher: Viele Schulen wissen gar nicht, dass sie mit ihrem Engagement bestens qualifiziert wären. Mitmachen können alle Schulformen, entweder als Klasse, als AG oder gleich als ganze Schule und für



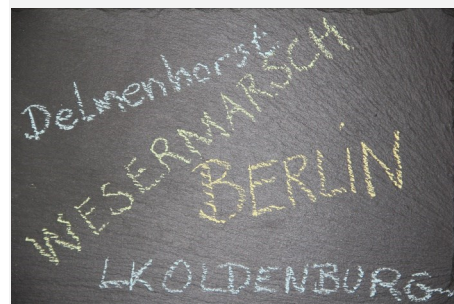
Die Umwelt AG der Grundschule Achternmeer hat vorgemacht, wie Klimaschutz alle begeistert

die Projekte gilt lediglich: innovativ, nachhaltig und originell.

Ich hoffe, viele trauen sich und nehmen einfach online unter www.energiesparmeister.de teil. Geld- und Sachpreise winken. Ich unterstütze auf Wunsch gern und drücke schon jetzt die Daumen!

Unterwegs:

- **23.01.19:** Grüne Woche in Berlin, Besuch der regionalen Vertreter
- **24.01.19:** Besuch im Weltladen Wardenburg
- **27.01.19:** Neujahrsempfang der CDU-Berne



Astrid Grotelüschon MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 15
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969